

BEKANNTMACHUNGSANORDNUNG

Das Wirtschaftsergebnis 2005 der Gemeindewerke Nottuln –Wasserwerk/Bäder- wird gemäß §3 Abs. 5 der Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen i.d.F. vom 09.03.1981 zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005 (GV.NW S. 274) in Verbindung mit §26 Abs.3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW i.d.F. vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.11.2004 (GV. NRW.S. 644) bekannt gemacht.

Der Rat der Gemeinde Nottuln hat den Jahresabschluss der Gemeindewerke Nottuln -Wasserwerk/Bäder- zum 31.12. 2005 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 7.565.298,43 € und die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2005 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 27.434,36 € in seiner Sitzung am 29.08.2006 festgestellt und beschlossen, den Jahresgewinn den Rücklagen zur Verstärkung der Eigenkapitalbasis zuzuführen.

Der Jahresabschluss 2005 und der Lagebericht 2005 liegen bei den Gemeindewerken Nottuln, Stiftsstrasse 10, 48301 Nottuln während der Dienstzeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2005 beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hahne GmbH, Dülmen hat am 19. Juni 2006 den Bestätigungsvermerk erteilt.

Der abschließende Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Herne wurde am 13. September 2006 erteilt.

Nottuln, im September 2006



(Scheunemann)
Betriebsleiter

Gemeindewerke Nottuln
- Betriebszweige Wasserwerk und Bäder -
(Eigenbetrieb)

Anlage 1
Blatt 1

Bilanz des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2005
(mit Vergleichszahlen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2004)
Betriebszweige Wasserwerk und Bäder

	31.12.2005 EURO	31.12.2004 EURO	31.12.2005 EURO	31.12.2004 EURO
AKTIVA				
A Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.492,50	12.841,50		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.719.921,11	3.742.895,11		
2. Technische Anlagen und Maschinen	41.400,00	59.898,00		
2.1. Gewinnungsanlagen	2.800.039,50	2.922.044,50		
2.2. Verteilungsanlagen	196.618,00	68.449,00		
2.3. Hallenbad	142.839,50	155.243,50		
2.4. Wellenbad	3.180.897,00	3.205.635,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	89.710,00	108.461,00		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00		
B Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.999.020,61	7.069.832,61		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	115.207,69	110.924,79		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EURO 0,00				
2. Forderungen gegenüber der Gemeinde und andere Betriebszweige	188.001,17	59.154,31		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EURO 0,00				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	121.603,67	106.071,03		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EURO 0,00				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
1. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	38.966,17	11.649,90		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EURO 0,00	348.571,01	176.875,24		
C Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Rechnungsabgrenzungsposten	102.499,12	287.361,14		
Summe	<u>7.565.298,43</u>	<u>7.644.993,78</u>	<u>7.565.298,43</u>	<u>7.644.993,78</u>
PASSIVA				
I. Eigenkapital				
1. Stammkapital	2.400.000,00	2.400.000,00		
2. Rücklagen	398.880,88	398.880,88		
III. Jahresüberschuss	27.434,36	63.234,04		
	<u>2.826.314,24</u>	<u>2.798.880,88</u>		
B Empfangene Ertragszuschüsse				
1.809.093,61	1.809.093,61			
C Sonderposten Investitionszuschuss				
25.564,61	25.564,61			
D Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	16.378,00	16.378,00		
2. Sonstige Rückstellungen	279.650,00	279.650,00		
	<u>296.028,00</u>	<u>296.028,00</u>		
E Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.117.333,50	2.117.333,50		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EURO 64.347,67				
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	24.151,48	24.151,48		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EURO 24.151,48				
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	72.418,44	72.418,44		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EURO 72.418,44				
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und anderen Betriebszweigen	394.393,55	394.393,55		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EURO 394.393,55				
5. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EURO 0,00				
davon aus Steuern: EURO 0,00				
davon aus sozialer Sicherheit: EURO 0,00				
Summe	<u>2.608.296,97</u>	<u>2.608.296,97</u>	<u>2.608.296,97</u>	<u>2.608.296,97</u>
Summe	<u>7.565.298,43</u>	<u>7.644.993,78</u>	<u>7.565.298,43</u>	<u>7.644.993,78</u>

Gemeindewerke Nottuln
- Betriebszweige Wasserwerk und Bäder -
(Eigenbetrieb)

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

74 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 (Anlagen 1 bis 2) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 (Anlage 3) der Gemeindewerke Nottuln – Betriebszweige Wasserwerk und Bäder – (eigenbetriebsähnliche Einrichtung), unter dem Datum vom 27. Mai 2006 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird.

„Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gemeindewerke Nottuln – Betriebszweige Wasserwerk und Bäder – (Eigenbetrieb) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen in der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Feststellung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

H A H N E REVISIONS- UND TREUHANDGESELLSCHAFT MBH, DÜLMEN

38

Gemeindewerke Nottuln
 - Betriebszweige Wasserwerk und Bäder -
 (Eigenbetrieb)

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dülmen, 19. Juni 2006



HAHNE
 Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diplom-Kauffrau
 Gabriele Hahne
 Wirtschaftsprüferin



GPA NRW Postfach 10 18 79 44608 Herne

Wasserwerk und Bäder der Gemeinde
Nottuln
Stiftsplatz 10

48301 Nottuln

GPA NRW

Beratung • Prüfung • Service
Heinrichstraße 1 • 44623 Herne

Andreas Giordano

Abschlussprüfung - Beratung - Revision
Telefon: (02323) 1480-120
Telefax: (02323) 1480-333
Andreas.Giordano@gpa.nrw.de
www.gpa.nrw.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Herne
13.09.2006

Abschließender Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt NRW

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 beauftragte
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hahne Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH
hat am 19.06.2006 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gemeindewerke Nottuln -Betriebszweige Wasserwerk und Bäder - (Eigenbetrieb) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen in der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Feststellung der Prüfungshandlungen werden



- 2 -

die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Im Auftrag

Giordano
Andreas Giordano



Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Gemeinde Nottuln

I. Anordnung

Aufgrund -§ 27 Absatz 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl. S. 2705) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. November 1999 (GV NRW S. 602) in der zurzeit gültigen Fassung genehmige ich, dass im Gebiet der Gemeinde Nottuln pflanzliche Abfälle von landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Grundstücken aus Maßnahmen zur Pflege von Hecken, Wallhecken, Windschutzstreifen, Kopf-/Obstbäumen sowie Ufergehölzen, in der Zeit vom 20.10.2006 bis 09.04.2007 unter Beachtung der nachfolgend aufgeführten Auflagen verbrannt werden dürfen.

II. Auflagen

1. Das Verbrennen ist so zu steuern, dass Gefahren, Nachteile und erhebliche Belästigungen durch Luftverunreinigungen, insbesondere durch Rauchentwicklung, nicht eintreten können und ein Übergreifen des Feuers durch Ausbreitung der Flammen oder Funkenflug über den Verbrennungsort hinaus verhindert wird.
2. Der Verbrennungsort muss außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegen.
3. Der Schlagabraum darf nur in unmittelbarer Nähe zur Anfallstelle verbrannt werden (auf/oder an dem Grundstück).
4. Der Schlagabraum muss zu Haufen zusammengebracht werden. Die Haufen dürfen eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten.
5. Als Mindestabstände sind einzuhalten:
 - a) 200 m von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen,
 - b) 100 m von zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, soweit diese nicht innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen errichtet sind,
 - c) 50 m von öffentlichen Verkehrsflächen,
 - d) 15 m von Gehölzbeständen und Gewässern,
 - e) 10 m von befestigten Wirtschaftswegen.
6. Die Haufen müssen von einem 15 m breiten Ring umgeben sein, der von Schlagabraum und ähnlichen brennbaren Stoffen frei ist.

7. Andere Stoffe, insbesondere Mineralöle, Mineralölprodukte oder andere Abfälle dürfen weder zum Anzünden noch zur Unterhaltung des Feuers benutzt werden.
8. Bei starkem Wind darf nicht verbrannt werden, vorhandenes Feuer ist bei aufkommendem starken Wind unverzüglich zu löschen.
9. Das Feuer ist ständig von zwei Personen, davon eine über 18 Jahre alt, zu beaufsichtigen. Sie dürfen den Verbrennungsplatz erst verlassen, wenn Feuer und Glut erloschen sind und müssen während des Verbrennens telefonisch erreichbar sein.
10. Verbrennungsrückstände sind unverzüglich in den Boden einzuarbeiten oder mit Erde abzudecken.
11. Die Haufen dürfen erst unmittelbar vor dem Verbrennen zusammengebracht werden, wenn zu erwarten ist, dass Vögel und Kleinsäuger im Schlagabraum Unterschlupf suchen.
12. In einem Umkreis von 4 km Radius um Flughafenbezugspunkte sowie innerhalb eines Abstandes von 1,5 km von Landeplätzen und Segelfluggeländen darf Schlagabraum nur mit Einwilligung der Luftaufsicht oder Flugleitung verbrannt werden.
13. Sonstige, die Verbrennung ordnende Regelungen, z.B. im Landesimmissionsschutzgesetz, sind zu beachten.
14. Die geplante Verbrennung ist der Gemeinde unter Angabe der Menge, des genauen Ortes, des Datums und der Uhrzeit des Verbrennens anzuzeigen, die hierüber die Kreisleistelle informiert.

III. Begründung

Nach Aufhebung der Pflanzenabfallverordnung zum 01. Mai 2003 sind bei der Verwertung und Beseitigung von pflanzlichen Abfällen die allgemeinen abfallrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Dies gilt auch für Abfälle aus Hecken-, Strauch- und Kopfbaumschnittmaßnahmen sowie aus dem forstwirtschaftlichen Bereich.

Diese Abfälle sind somit grundsätzlich zu verwerten. Weiterhin sind Abfälle aus diesen Pflegemaßnahmen, soweit sie nicht verwertet, sondern beseitigt werden sollen, nach § 13 des KrW-/AbfG grundsätzlich dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zur Verfügung zu stellen und gemäß § 27 Abs. 1 KrW-/AbfG in einer zugelassenen Anlage zu beseitigen.

Gemäß § 27 Absatz 2 KrW-/AbfG kann die zuständige Behörde Ausnahmen von der Pflicht, Abfälle in zugelassenen Anlagen zu beseitigen, erteilen. Die Ausnahmen können durch Einzelfallgenehmigung oder durch eine Allgemeinverfügung zugelassen werden.

Ausnahmen können aus kulturtechnischen Gründen oder aus Gründen des Forstschutzes erteilt werden. In Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Coesfeld habe ich mich im Interesse der Erhaltung der münsterländischen Parklandschaft entschieden, eine Ausnahmegenehmigung in Form einer Allgemeinverfügung für das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen, welche bei der Pflege von Hecken, Wallhecken, Windschutzstreifen, Kopfbäumen sowie Ufergehölzen anfallen, zu erlassen.

Die Gültigkeitsdauer dieser Verfügung wurde gewählt, da die Pflegemaßnahmen aufgrund landschaftsrechtlicher Regelungen bis zum 28.02.2007 abzuschließen sind und der angefallene Abfall regelmäßig spätestens mit den Traditionsfeuern zu Ostern, hier 06.04. bis 09.04.2007, beseitigt wird. Meine Zuständigkeit ergibt sich aus der Ziffer 30.1.14 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes vom 14.06.1994 in der zurzeit gültigen Fassung.

Die Herstellung des Benehmens mit dem Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer ist erfolgt.

IV. Inkrafttreten

Die Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Nottuln in Kraft.

Nottuln, 12. Oktober 2006

Gemeinde Nottuln
Der Bürgermeister
gez. Schneider

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Gemeinde Nottuln wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Nottuln, 19. Oktober 2006

Gemeinde Nottuln
Der Bürgermeister
gez. Schneider

Gemeinde Nottuln
Der Bürgermeister
- Bürgerservice (Meldewesen) -

Nottuln, 12.09.2006

Im Monat **August 2006** wurden beim Bürgerservice (Meldewesen) der Gemeinde Nottuln folgende Gegenstände als **gefunden** gemeldet:

Eigentumsansprüche können im Verwaltungsgebäude Stiftsplatz 8, Bürgerservice, Tel. 02502/942-334, geltend gemacht werden.

5 Damenräder
1 Herrenrad
2 Mountainbikes
1 Handy
1 Armbanduhr
1 Rucksack

Im gleichen Zeitraum wurden folgende Gegenstände als **verloren** gemeldet:

9 Damenräder
2 Damenhollandräder
3 Herrenräder
4 Treckingräder
1 Mountainbike
1 Handy

Im Auftrag



(Zepernick)